

Saale-Zeitung.

werden die Spaltenpreis oder deren Raum mit 30 Pfg., (solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von untern Annoncenstellen und abwärts Anzeigen-Expeditionen annehmen. Bekleben die Zeile 75 Pf. Erachtet wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Politische Wochenschau.

Der Hochsommer ist da, und der Aufschlag des politischen Lebens wird zusehends mütter und schwächer. Zwei Ereignisse haben in der letzten Woche diese Stelle unterbrochen, beide geeignet, das öffentliche Interesse aus lebhaftem in Anspruch zu nehmen. Am Sonnabend stand im Schweizerischen Kabarett Nagay der frühere Kanzler des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck von Hohenlohe, der dritte in der Reihe der Reichskanzler; unerwartet folgte er seinen beiden Vorgängern im Amte, Bülow und Caprivi, nach kurzer Zeit des Rufes standes im Lode nach. Die Welt hatte in den letzten Monaten nur selten und dann wenig von Hohenlohe gehört, man wußte, daß er sich, abgesehen von gewisser, seinem Alter gemäßer Verbrechlichkeit, wohl befand, und hörte von seinen Reisen nach Berlin und Paris, was daher von der Todesnachricht sehr überrascht. Seine Leiche wurde nach dem hohenzollernschen Stammes-Schlingensitz überführt und dort am Donnerstag vormittag beigesetzt. Viele Bekanntheitsgebungen, auch von fremden Seiten, waren bei seinen Hinterbliebenen ein- gesammelt. Hohenlohe's in seinen amtlichen Stellungen als bayerischer Ministerpräsident, als deutscher Botschafter in Frankreich, als leitender Statthalter in Schlesien und als Reichskanzler befristet genügt. Als Reichskanzler hatte er freilich keinen bestimmenden Einfluß auf die Entwicklung des Reiches unter Kaiser Wilhelm II.; doch wurde unter seiner Kanzlerschaft immerhin manches Erfreuliche geschaffen, was das Bürgerliche Geschlecht und die Reform des Militärstraf- projektes, und zugleich manches verhängnisvoll, was, überlebt geplant. Bei Ausführung dem Reiche nicht zum Nutzen gewesen wäre.

Noch mehr als Hohenlohe's Ableben beschäftigte die Nicht- befestigung des Berliner Stadtratsrats Kaufmann als zweiter Bürgermeister dieser Stadt, die gleichfalls letzten Sonnabend bekannt wurde, in der vergangenen Woche die Meinung und Kritik der Öffentlichkeit und wird dies voraussichtlich noch längere Zeit hindurch thun. Die Entscheidung über diese Bürgermeisterwahl wurde längst mit einiger Spannung er- wartet und nunmehr ausfließte kurze Zeit vor dem Antritte der Wahl nach Berlin des Kaisers, der zu Anfang dieser Woche erfolgte, bekanntgegeben. Ungeachtet er nicht, ob sie im Einverständnis mit dem Reichskanzler Grafen Bismarck geschah, ist, denn in Berlin verläutet noch immer, die anti- cken Stellen seien von ihr eben höchst überrascht worden, wie die Allgemeinheit. Nun steht zugleich, nochmaliger Er- klärung der „Frei. Zig.“ zufolge, fest, daß der Minister des Innern die Befestigung beantragt und die Entscheidung des Königs unter Umgehung des Instanzenganges, das heißt über den Kopf des Oberpräsidenten hinweg, sofort dem Ober- bürgermeister Kirchner angelegt hat, wie auch, daß als Grund für die königliche Nichtbefestigung „Militärfragen“ angegeben wurden. Und für die Annahme, daß sich Bülow doch wohl im Sinne des Ministers des Innern für die Befestigung aus- gesprochen hat und nicht, wie eine bislang andererseits nicht- befestigte Meldung eines Berliner Mitarbeiter der „Saale- Zeitung“ behauptet, dagegen eingestanden ist, für diese Annahme als spricht u. a. das bereits erwähnte, daß unter der Redaktion des Ministers des Innern erscheinenden „Berl. Corr.“ Die weitere Behandlung der „Kriegs“, daß es sich bei der Nichtbefestigung Kaufmann's noch um ein oder zwei als diese „Militärfragen“ gehandelt habe, erscheint bis auf weiteres als ein ungläubiger Versuch, die Hochzeiten zu verunkeln, die noch geraume Zeit in der öffentlichen Erörterung stehen bleiben werden, nicht weil, sondern obwohl gerade die politische stillste Zeit im Jahre ist. Es wird sich auch nach dem Wiedereintritt des preussischen Abgeordneten- hauses die Gelegenheit finden, diesen neuesten und markantesten Fall der faktisch bekannnten preussischen Befestigungspraxis in das rechte Licht zu setzen. Für die nächste Landtags- session ist überdies nun doch die Wiederkehr der Kanala- vorlage, wenn man so will, angekündigt worden; in dem der Minister D. Zielten bei der Jubiläumfeier der Rheinflora- bauverwaltung in Koblenz erklärte, er werde Gelegenheit haben, die Kanalvorlage in der nächsten Session wiederum zu vertreten.

Dieser neuen Begebenheit von zweiter Rangstufe des öffentlichen Interesses stehen noch zwei andere Geschäfte in der nächsten Woche zur Seite, die am Sonntag erfolgte Eintragung der marokkanischen Gewaltschiffe durch den Kaiser und die Einstellung von dessen zweiten Sohne, dem Prinzen Etel Friedrich, beim 1. Garde-Regiment zu Fuß. Die dabei vom Kaiser gebaltene Ansprache gab insofern einen Theil der Presse Anlaß zu Erörterungen, als der kaiserliche Redner darin wieder den „vornehmsten“ Soldaten in Gegenwart zum Bürgerliche gebracht hatte, wie man das seit langem gewohnt ist. Wir hatten keine Ursache, diese Streitfrage zwischen Civil und Militär, die wir erst kürzlich gelegentlich einer in Zentralfin oder Schlang gebaltene Ansprache des Generals v. Kessel an die dortigen deutschen Kaufleute eingehend erörtert hatten. Doch erwidert es immerhin noch interessant, die Frage zu beantworten: Was kostet die deutschen Steuer- zahler der „vornehmste Soldat“? Da in unserer hier in Rede stehenden Rolle die Uniform des 1. Garde-Regiments z. F. gemeint ist, die also noch vornehmer ist als die anderer Gardeeregimenter - von der „Linie“ ganz zu schweigen - so können wir an der Hand einer Nummerung der „Frei. Zig.“ diese Frage partiell, wie folgt, beantworten: Das genannte Regiment zeichnet sich dadurch aus, daß es ausschließlich adelige Offiziere in seinen Reihen zählt, darunter 11 Prinzen und 17 Grafen. Zu den Eigentümlichkeiten dieses Offizierscorps gehört es, daß es allein in der ganzen Armee neben der Pelzierung, Wob- lungszuschuß, Cerimonien usw. auch noch einen Kleidergeld- zuschuß erhält. Dieser Kleidergeldzuschuß beträgt 15 M.

monatlich für den Offizier. Außerdem beziehen die Offiziere dieses Regiments ein höheres Tischgeld; während sonst nur die Subalternoffiziere Tischgeld beziehen, und zwar für jedes Bataillon zusammen 90 M. monatlich, erhält im 1. Garde- Regiment der Stabschef monatlich 120 M. Tischgeld, der Hauptmann 60 M., der Leutnant 36 M., der Feldwebel 12,50 M., der Fähnrich 18 M. Die Unteroffiziere haben eine um 3 M. höhere Löhnung, die Gefreiten und Gemeinen eine um 1,50 M. höhere Löhnung. Auch eine andere Eigentüm- lichkeit des Regiments besteht darin, daß es 13 Compagnien hat 12 zählt. Der dreizehnte Hauptmann wird im Etat geführt, ist aber in Wirklichkeit nicht vorhanden und nie- mals vorhanden gewesen. Gleichwohl werden für diesen jahrs- weise, jährlich die Besoldung, Wohnungsgeldzuschuß, Cerimonien, Kleidergeldzuschuß und Tischgeld veranschlagt. Bei einer Etatdebatte im Reichstage wurde dieser Hauptmann als der „ausgestopfte Hauptmann“ bezeichnet. Dabei stellte sich auch heraus, daß die Einkünfte dieses papierenen Hauptmanns zu einem bedeu- tenden Dispositionsfonds führen, der unter die Angehörigen des Re- giments vertheilt wird. Bei dem Garde der Garde-Regiment kamen monatlich 250 M. „Dosenzettel“ zu einem ähnlichen Dispositionsfonds. Wollte man sich jeder, dem solche Ver- rechnungen Späß machen, leicht ausrechnen, wie viel der „vor- nehme Soldat“ aus höher zu ziehen kommt, als der vornehmerer der anderen deutschen Regimenter, gewiß auch eine ganz hübsche Unterbrechung der hochsommerlichen Ruhe- und Spon- zent in rebus politicis, die nur auch im Ausland immer wahrnehmbarer wird.

Daher werden die letzten Parlamente, die noch besaßen sind, ihre Arbeit einstellen, wie in letzter Woche die Einzelanträge Deutscher Reichstag und die französischen Parlamente, Senat und Deputiertenkammer. Dem wird noch der südafrikanische Krieg die Kosten des besondern Interesses bestreiten; zur Zeit fließen die Nachrichten allerdings ausfließig spärlich, nur ab und zu gelangen die seltsam bekannnten Geschichten und doch un- verständlichen „Segetestellen“ nach London. Bei Anlässen zu stellen ist man dort ja nicht mehr gewohnt. Der Krieg bildete auch die Hauptstrecke in einer Parteibewegung der englischen Liberalen, die mit einer einmüthigen Vertrauensabstimmung für den bisherigen Führer der Liberalen, Campbell-Bannerman, entsetzt; ob damit die Bristolfrage entgültig beigelegt oder nur noch abgewandert worden ist, wird die weitere Entwicklung lehren. Einmalen bestehen die Gegenstände in der Frage des Imperialismus und des Krieges in Südafrika fort. Während das parlamentarische Leben in England schwächer wird, dauern in Spanien die parlamentarischen Kämpfe noch fort. In den Cortes geht es aus verschiedenen Gründen heiß genug her, die Gegenstände schon fast aneinander und auch der persönliche Ehrgeiz drängt und treibt. Der Herzog von Tetuan, der zu Silvela's Zeiten den Liberalen nahe steht, geht ihnen jetzt, da sie das Ruder in Händen haben, im Senat zu Leibe; denn er glaubt den Versuch zu haben, das Vaterland zu retten und bei der kommenden Vorherrschaft des Königs dessen erster Minister zu sein. In der Deputiertenkammer streitet man sich um die kirchlichen Fragen, und die antichristlichen Parteien von rechts und von links befeuern einander am allerheißesten. Dabei gehen es und jetzt es ohne Rücksicht im Kampfe. Als eine einflussreiche Lohndienstleistungen, hat in der Stadt Sevilla ein Aufstand plattgerückt, der schnell zu Unruhen erforderblich gemacht hat. Bald aber dürften auch diese Fragen für längere Wochen zur Ruhe kommen, so daß die Sommer- session allgemein und vollständig wird. -d-

Deutsches Reich.

Holz- und Nationalitäten.

Der Kaiser verließ dem Vorigen zweiten Dolmetscher bei der Gefährdung des Reiches, die bei seinem Rückgehen aus dem Amtsbereich den Charakter als Konflikt.

Hohenzollern-Annunzierungen.

Von den Wählern Hohenlohe's, der vom Jahre 1888 bis 1891 einen oberbayerischen Wahlkreis zunächst im nord- deutschen und dann im deutschen Reichstage vertrat, wurde seiner Zeit die aus dem Jahre 1874 am meisten bestritten. Der Fürst war damals auf den Barlter Reichstagsparlament berufen worden; auf der Heile nach Berlin hielt er in Rückhalt an und sprach seinen Wählern seinen Dank aus. Dabei berührte er in seiner Rede einen Punkt, der ein neues Licht auf den Bismarck- vorkommen'schen Streit warf. Er sagte: „Als ich hohenzollern'scher Minister war, habe ich zu Bismarck gestanden, die den Zweck hatten, die von Bismarck beschriebene absolute monarchische Form der kaiserlichen Herrschaft zu unterstützen.“ Er habe aber bei den kaiserlichen Wählern keine Zustimmung gefunden, und so unter- liege jede Möglichkeit der Regierung gegenüber dem be- stimmten Konflikt. Man hat oft gesagt, es sei unglücklich, daß ein Staatsmann von der Bedeutung des Fürsten Bismarck die Gefahren des Konflikt nicht erkannt und seine Vorschläge nicht angenommen habe. Allein Fürst Bismarck hat die Be- deutung der in Aussicht stehenden Konfliktbedeutung sehr wohl er- kannt und die Folgen mit schwerer Sorge kommen sehen. Meine bekannnte Circulardepeche erging im April 1889, und im Sommer desselben Jahres hatte ich darüber eingehende Unterredungen mit dem damaligen Kanzler des Norddeutschen Bundes. Allein damals hatte ich schon die abweichenden Antworten von Frank- reich und Oesterreich. Was sollte do noch weiter geschehen? Wir können nicht anders thun, als die Sache gehen lassen, wie sie geht. Das Resultat hat seine Beschäftigung und die Regierungen haben sich in ihrer Verantwortlichkeit verhalten. Da mußte der Konflikt ausbrechen.“ Als der Kaiser in den Wahlen des Jahres 1890 unmittel-

bar von Berlin zur Überholungsreise in den Sagenauer Forst für- erwartete ihn, zu erzählen die „Berl. N. N.“, der damalige Statthalter, Fürst Hohenlohe, auf dem Sagenauer Bahndamm stand und brachte dann mit dem Kaiser in der Jagdbrücke die langen Rasenflächen bis zum Tagesanbruch zu, die nicht der Jagd, sondern der politischen Lage des Vater- landes und der kaiserlichen Stellung des Reichskanzlers, als „Bismarck's“, gewidmet waren. Nach seiner früheren Ernennung zum Reichskanzler soll Fürst Hohenlohe geküßert haben: „Ich habe es mit großer Anwesenheit sein lassen, dem Grafen Caprivi die Stange zu halten und ihn zu unterstützen, aus Furcht, die Sache könnte an mir hängen bleiben; nun ist es doch so gekommen.“ Wenn ich er also nicht Kanzler geworden und gewesen. Warum wohl - etwa nur seines hohen Alters wegen?

Politisches.

Die „Wol. Zig.“ erzählt, die vom Oberbürgermeister Kirchner beim Kaiser erbetene Audienz sei nur vor- läufig verworfen worden, da der Kaiser sich über die An- gelegenheit, betreffend die Überführung der Stenographen über die „Linden“ noch nicht schlüssig gemacht habe; dies sollte erst nach der Vorhandlung der Gesandten.

Die i. B. so viel bemerkte, beschlossene und befohlene lange Verengerung der bei Befestigung des Berliner Oberbürgermeisters Kirchner ist, wie die „Saale- Zig.“ schreibt, ausschließlich auf die Überführung des Königs zurückzuführen, und man behauptet, daß die Befestigung nur deshalb nicht verlag wurde, weil der Minister des Innern die Verantwortung dafür nicht über- nehmen wollte. Wenn das zutrifft, so würde sich b. d. Nieder- in diesem Falle mehr Mühe zu beweisen haben als sonst wohl. An dergleichen glaubt man heutzutage bei Ministern nicht eher, als bis Beweise dafür vorliegen.

Ueber die Erneuerung der Handelsverträge findet, wie man der „Wol. Corr.“ offiziell aus Rom schreibt, zwischen den Regierungen von Deutschland, Italien und Oester- reich-Ungarn ein vertraulicher Meinungsaustausch statt, der den Charakter einer allgemeinen Orientierung trägt. Die eigentlichen Verhandlungen sollen erst nach der Be- festigung der Zolltarife in Deutschland und Oesterreich-Ungarn folgen.

Von den omnibus Getreidepflichten war letzten wieder einmal und zwar in einer Veranlassung zu Rör- dlingen am 7. d. die Rede. Dabei erzählte der Abg. Luz, er habe „von einem einflussreichen Führer einer einflussreichen Partei“ erfahren, daß der Zoll aus für Weizen 6 M., für Roggen 5 M., für Hafer 4 1/2 M. und für Gerste 4 M. be- tragen sollte, diese Höhe für Weizen schon früher genannt worden; ihre Mäßigung einer sehr Verminderung, was aber den Abg. Luz doch als Rückschritt in einem Protekt, weil sie viel zu niedrig wären und auf alle 4 Getreidearten ein Zoll von 7-7 1/2 M. gelegt werden müßte. Die agrarische Ver- anlassung besah auch, daß für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer der Zollschuß wesentlich vermindert und in gleicher Höhe festgesetzt werden müßte; die Höhe der Zollschüsse vorzu- schlagen, unterließ sie jedoch. Die Agrarier sind darüber offen- bar immer noch nicht einig. Sie sagen „je mehr, desto besser“, während die Gegner der Getreidevollhebung ganz zureichend sind, daß sich jene noch immer nicht schlüssig machen, und denken, je länger, je lieber“ sich die agrarische Begehrtheit immer aus neue ins balle Licht stellt, desto mehr greift die Auffassung über ihre Absichten, desto kräftiger wird die Gegen- bewegung, die den Interessen der Gesamtheit dient.

Zur Beurteilung über den politischen Standpunkt des neuen Oberpräsidenten von Thüringen, Herrn v. Rich- ter, ist eine Ansprache von einiger Bedeutung, die er im November vorigen Jahres in Köln gehalten hat. Dort fand nämlich im Gütergenossenschaft der Verbandsernennung des Ver- bandes deutscher Arbeitsschlichter statt, und im Hinblick auf die Gefährdung des Verbandsernennung Dr. Freuden in Berlin, in welcher dieser die Gleichberechtigung der Arbeiter und Arbeitnehmer in der Arbeitsschlichterorganisation kritisierte, führte der Regierungsräsident vorläufig: „Nament- lich der diegenigen föhnl. Gesetzgebung habe ich die Ehr, die dies- jährige Verbandsernennung deutscher Arbeitsschlichter in Köln bezüglich zu begründen.“ Es geriet mir dieser Ansicht nun so sehr zur Freude und Genugthuung, als zur Verwunderung, wenn auch nicht im Grenzfall zu verschiedenen Veranlassungen, die hier in letzter Zeit getagt haben, so doch vielleicht in etwas höherem Grade, als sie, sich mit eminent praktischen Aufgaben befaßt und seine gemeinnützigen, in jeder Weise soziales, wirtschaftliche und ethische Ziele verfolgenden Bestrebungen dem gegenwärtigen Interesse und der modernen, hochentwickelten Sympathie der künftigen Sozialgesetzgebung begründet. Aus seinen Ansichten hervorgehend, hat der Verband innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit einen über- raschend arbeitsreichen Aufschwung genommen und umfaßt, soweit mir bekannnt ist, eine große, kaiserliche Anzahl von Arbeitsschlichter in fast allen Gauen des deutschen Reiches. Zu schließ- lich, halbwegs der Tätigkeit befaßt die planmäßig organisierte Arbeitsschlichterbewegung in erster Linie und mit bestem Erfolge die Arbeitsschlichter; sie bietet ferner durch unmittelbare Siedlungsmitteilung einen kräftigen Schutz gegen gewaltthätige Ausbeutung der Arbeitsschlichter durch die ge- waltthätigen Siedlungsmitteilung und, last not least, nicht gleichgültig auch in der verdienstvollsten Weise nach Kräften







